



**Bettina Hagedorn**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 73 832

📠 (030) 227 – 76 920

✉ [bettina.hagedorn@bundestag.de](mailto:bettina.hagedorn@bundestag.de)

# Pressemitteilung

---

Berlin, 22.03.10

## **SPD verhandelt für die Rettung der Jobcenter Verfassungsänderung soll kommen, aktive Arbeitsmarktpolitik bleiben**

In der Nacht von Freitag auf Sonnabend hat es aufgrund der Bereitschaft der SPD in 13-stündigen Verhandlungen mit Vertretern der Schwarz-Gelben Koalition in Berlin eine Einigung über die Eckpunkte für eine künftige verfassungsrechtliche Absicherung der Jobcenter auf Fachebene gegeben. Dabei gelang es der SPD, zur Absicherung der Qualität der künftigen Vermittlung festlegte Mitarbeiterschlüssel für die Arbeitssuchenden durchzusetzen und die Mittel für die Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik festzuschreiben sowie die Aufhebung der 900-Mio.Euro-Sperre im April 2010 festzuzurren. Noch allerdings steht die Einigung unter Vorbehalt – erst am Mittwoch soll sie endgültig nach Vorlage der zwei Gesetzentwürfe durch das Arbeitsministerium bei einem Spitzentreffen in Berlin unter Dach und Fach gebracht werden.

Hagedorn: **„Als Hauptberichterstatterin für Arbeit und Soziales im Haushaltsausschuss des deutschen Bundestages begrüße die Einigung über eine Verfassungsänderung zur Absicherung der Jobcenter ausdrücklich. Erfreulicherweise hat Schwarz-Gelb nach einem unverantwortbaren Zick-**

**Zack-Kurs, der uns viel Zeit gekostet und die Menschen in den JobCentern ebenso wie die Leistungsempfänger verunsichert hat, endlich offenbar das Taktieren aufgeben und eingesehen, dass die Verfassungsänderung der einzige Weg zur Klärung dieser für so viele Menschen wichtigen Frage ist. Endlich kann auch den 66.000 Mitarbeitern in den Jobcentern – davon über 22.000 mit kommunalen Arbeitgebern - bundesweit gesagt werden, wie es mit ihren Arbeitsplätzen weitergeht. Es bleibt nur zu hoffen, dass die CDU/CSU-Bundestagsfraktion nicht erneut - wie in 2009 - den gefundenen Kompromiss in letzter Sekunde platzen lässt!“**

Kernpunkt der Einigung ist, dass neben der Verfassungsänderung weitere Punkte in einem Begleitgesetz geregelt werden: Die bisherigen Jobcenter der Argen sollen auch zukünftig als das Regelmodell mit mindestens 75 Prozent der Einrichtungen darstellen. Damit wird eine stabile Mitarbeiterschaft in den Einrichtungen mit eigener Personalvertretung gesichert. Ferner wird es für alle Einrichtungen – also auch für die Optionskommunen - ein gemeinsames, an einheitlichen Standards orientiertes Kontrollsystem geben. Besonders wichtig ist, dass Teil des gefundenen Kompromisses die Fortführung der erfolgreichen aktiven Arbeitsmarktpolitik „aus einer Hand“ ist, die von der SPD und Olaf Scholz stets als wichtigstes Ziel jeden Kompromisses galt. Die Arbeitsgruppe einigte sich auch auf eine Entsperrung der von den Koalitionsfraktionen erst vergangene Woche blockierten 900 Mio. Euro der aktiven Arbeitsmarktpolitik für das laufende Jahr. Hagedorn: **„Besonders wichtig ist mir, dass die Betreuungsschlüssel der Fallmanager für die Vermittlung von unter 25jährigen bei 1 : 75 und bei den über 25jährigen auf 1 : 150 festgeschrieben bleiben. Diese gesetzliche Absicherung wird dafür sorgen, dass die Jobcenter auch zukünftig schlagkräftig sind, denn die Mittel für**

**die aktive Arbeitsmarktpolitik werden durch eine Bundestagsentschließung für die nächsten Jahre verstetigt. Kurzum: Diese Mittel werden nicht gekürzt.“**